

Klare Mehrheit für eine Klage

Abstimmung folgt keinem Muster / CDU: „Grüne eiern herum“

Von unserem Redaktionsmitglied
Bernd Kappler

Baden-Baden. Den Vereinfachern der Baden-Badener Kommunalpolitik muss am Montagabend bei der Diskussion um das Normenkontrollverfahren zur Windkraft die Spucke weggeblieben sein: Die Freien Bürger (FBB) stehen fest an der Seite der CDU, FW-Vorsitzender Hans-Peter Ehinger auf der anderen. Astrid Sperling-Theis (Grüne) stimmt mit der CDU, ebenso Ulrike Mittel von der SPD und Oberbürgermeisterin lehnt den Antrag ihrer eigenen Partei ab. Pluralismus pur.

Wie bereits berichtet, ist der CDU-Antrag, dem Regionalverband die Stirn zu zeigen, mit 24 gegen 14 Stimmen mit klarer Mehrheit angenommen worden. CDU-Fraktionsvorsitzender Ansgar Gernsbeck betonte eingangs nochmals, dass es nicht um die Frage für oder gegen Windkraft gehe, sondern darum, ob

die vom Regionalverband beschlossene Teilfortschreibung des Regionalplans rechtmäßig ist. Martin Ernst (FBB) betonte nochmals, dass Windkraft in Baden-Baden nicht zusammenpassen würden. Ebenso Hans Schindler für die FDP. Beate Böhlen (Grüne) passte das Rechts-

OB stimmt gegen CDU-Antrag

anwaltsbüro, das die Klage einreichen soll, nicht. Zu viele Fehler seien im Gutachten. Böhlen: „Wenn, dann mit einem anderen Büro.“ Was ihr postwendend den Vorwurf von Klaus Bloedt-Werner einbrachte. Die Grünen würden herum-eiern, anstatt endlich Farbe zu bekennen. Später erklärte Sabine Iding-Dihlmann für die Grünen, dass man eine Erfolgsaussichten für eine Klage sehe und deshalb dagegen stimme.

Auch Kurt Hochstuhl (SPD) hatte Zweifel, zumal das Rechtsgutachten voll von Konjunktiven sei. Auch Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) war dieser Meinung. Der Rest seiner Fraktion aber nicht.

Auf Nachfrage bezifferte Rechtsamtsleiter Axel Eble die möglichen Prozesskosten auf 15 000 bis 20 000 Euro, die Kosten für das Gutachten auf 6 500 Euro.

Oberbürgermeisterin Margret Mergen votierte gegen den Antrag der CDU. Sie machte darauf aufmerksam, dass auch bei einem Erfolg der Klage, Windkraftanlagen immer noch baurechtlich privilegiert seien. Außerdem sei die von der CDU gesehene Gefahr der Enteignung der Stadt zugunsten von Windanlagenbauern nicht gegeben. Mit ihrem Nein bleibe sie der Haltung der Verwaltung in den vergangenen Jahren treu. Gleichwohl: Sie hat jetzt den Auftrag die Klage einzureichen. ■ Kommentar